

Hartmut Soell
Helmut Schmidt



Helmut Schmidt

Helmut Schmidt im Alter von 35 Jahren 1953 in Hamburg.

HARTMUT SOELL

Helmut Schmidt

1918–1969

Vernunft und Leidenschaft

Deutsche Verlags-Anstalt
München

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte
bibliographische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Lektorat: Ulrich Volz, Stuttgart
Gestaltung und Satz: DVA/Brigitte Müller
Druck und Bindearbeit: Friedrich Pustet, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 3-421-05352-9

Inhalt

PROLOG

Hamburg	9
Ein langer Weg zur Emanzipation – nicht nur der Juden	20
Von der sozialen Frage zur Sozialdemokratie	23
Die Wohnungsfrage	33
Das Bürgertum zwischen Abwehr und imperialen Versuchungen	35
Revolution 1918	42

FAMILIE, KINDHEIT UND JUGEND

Aufstieg durch Selbstdisziplin	47
Der erstgeborene Prinz in der Großfamilie	61
Freiheitliche Erziehung auf der Lichtwarkschule	65
Zwischen Marine-HJ und Reichsarbeitsdienst	81

SOLDAT DER WEHRMACHT

Als Wehrpflichtiger bei der leichten Flak	91
Kriegsdienst – widerwillig und doch pflichtgetreu	96
Fischerhude – »seelische Heimat«, doch keine »Insel der Seligen«	108
Mit Loki - ein Glück im stillen Winkel?	120
Schrecken der Pflicht	145
Rückzug, Gefangenschaft und Kriegsende	153

ERSTE POLITISCHE GEHVERSUCHE

Zu Hause, um vieles nachzuholen	169
SPD und Sozialistischer Deutscher Studentenbund	176
Selbsterziehung als Gegenwartsaufgabe	191

INHALT

Weitausgreifende Hoffnungen: Westeuropa als »Dritte Kraft«	201
Barsbüttel: Durchbruch zur internationalen Anerkennung des SDS	203
Das Ruhrstatut – ein erster Konflikt mit der SPD-Führung	208
Schillers Adlatus	218

DER JUNGE ABGEORDNETE IM DICKICHT DER VERKEHRS- UND RÜSTUNGSPOLITIK

Kann ein Verkehrsexperte Kanzler werden?	236
Parlamentarische Kontrolle der Wiederbewaffnung	247
Verteidigungsminister Blank – ein Opfer Schmidtscher Kontrolle?	255
Wahlkampf 1957 – den Berg hinauf	260
Streit um die Fraktionsführung – nicht ohne Verletzungen	265
Die Idee der Mannschaft – Strategie für eine erfolgreichere Opposition	273

VOM »KAMPF DEM ATOMTOD« ZU EINER GLAUBWÜRDIGEREN VERTEIDIGUNGSSTRATEGIE

Anfänge	280
Ohne Wiedervereinigung keine Sicherheit? – Atomdebatten 1958/59	286
Der Berliner Studentenkongreß vom Januar 1959	311
Der Deutschlandplan – ein letzter Versuch Abrüstung in Mitteleuropa?	319
Verteidigung oder Vergeltung	324
Willy Brandt – Versuch einer Annäherung	333
	358

INNENSENATOR IN HAMBURG: LIBERALER GEGENPOL ZUR »RHEINISCHEN REPUBLIK«?

Der Kreis Nord als lokale Bastion	363
Im neuen Amt	374
»Herr der Flut«	377
Die Mühen der Ebene	393

INHALT

Verfassungsschutz – eine Gratwanderung	401
Die Strauß-»Spiegel«-Affäre	407
Das Hamburger Pressegesetz	438
Die »schlafende Schöne« – aufgeweckt?	448

RÜCKKEHR AUF EINE VERÄNDERTE BONNER BÜHNE

Von Ollenhauer zu Brandt	460
Eine militärfromme SPD?	472
»Ein mitreißender Dialog mit Dreißigtausend«	485
Nach der Wahl wie vor der Wahl?	495
Eine gescheiterte Kandidatur	510
Außenpolitische Klärung: der Dortmunder Parteitag 1966	516
Fremde Nähe: Familie Schmidt auf Ost-Reise	528
Im Wartesaal	549

ENDLICH TEILHABE AN DER MACHT:

DIE GROSSE KOALITION

Koalitionsverhandlungen	555
Strauß im Kabinett und Schmidt draußen	572
»Starker Mann im Parlament«	578
Startversuch in der Außen- und Deutschlandpolitik	592
Eine Strategie des begrenzten Konflikts?	600
Nothelfer an der Ruhr	605
Kreßbronner Kreis: Klammer und Klärwerk der Koalition	619

KRIEGSGENERATION UND ACHTUNDSECHZIGER

Ambivalenz, Selbstbehauptung und wachsende Distanz	632
Vietnamkrieg und Osterunruhen	652
Der Schock der Landtagswahl im Südwesten	669
Zu viele Soziologen, zu viele Politologen: Frißt die Revolution ihre Väter?	683
Parteiverbote rechts und links?	693
Die Bergedorfer APO: Kampf statt pädagogischer Provinz	698

INHALT

KONFLIKT UND INTEGRATION: VON DER NOTSTANDSVERFASSUNG ZUR MITBESTIMMUNG

Historische Hypothesen	702
Fast »ein Schauprozeß«?	707
»Zum gleichen Ziel unterwegs«	712
Ein unbelohntes »Meisterstück«	719
Mehr Demokratie in der Wirtschaft wagen	740

RÜCKSCHLÄGE UND NEUE ANSÄTZE IN DER AUSSENPOLITIK

In der Hängelage	758
Das Ende des Prager Frühlings	768
Die Aufwertungsdebatte – Sprengsatz der Koalition?	783
Schöpferische Ungeduld durch das Lebensalter überspielt?	793
Strategie des Gleichgewichts	806
Auf Tuchfühlung mit den Weltmächten	817

FRAKTIONSVORSITZENDER – DAS SCHÖNSTE AMT?	833
---	-----

VERNUNFT UND LEIDENSCHAFT	852
---------------------------	-----

ANHANG

Dank	863
Abkürzungen	865
Anmerkungen	866
Auswahlbibliographie	947
Namenregister	950

Prolog

HAMBURG

»Hamburg, Vorort der geistigen Freiheit, [...] Freistätte für Katholiken und Juden, für Religiöse und Freidenker, eine politische Landschaft, der die Pflanze Demokratie nicht aufgepfropft werden mußte, weil sie dort schon heimisch war, Hamburg ist dabei, seine deutsche Aufgabe zu verkennen und zu verpassen [...]. Hanseatum muß nicht eine Sache vergangener Zeiten [...] sein – Hanseaten werden gegenwärtig in der deutschen Politik dringend gebraucht.«¹

Diese Sätze waren im Sommer 1962 in einem als »Brief an Hamburger Freunde« überschriebenen und anonym unter drei Sternen veröffentlichten Artikel zu lesen. Als Verfasser dieses Beitrags – halb wehmütige Liebeserklärung an die Stadt (»denn sie schläft, meine Schöne«), halb politischer Appell, wieder aufzuwachen – hat sich einige Jahre später Helmut Schmidt enttarnt.² Hat ihn, der kurz zuvor Senator seiner Heimatstadt geworden war, dabei jenes vom jungen Ernst Barlach mitentworfene Bild im Bürgermeistersaal des Rathauses inspiriert, auf dem die Muse Klio die Namen berühmter Hamburger ins Buch der Geschichte einträgt? Oder hat ihn der Ärger dazu getrieben, weil es – in einer Mischung aus Melancholie und Hamburger *understatement* – heißt, Klio habe seit 1897 dieser Seite keine weitere hinzufügen müssen? Vielleicht beides. Die Namen, die nach seiner Auffassung ins Buch der Hamburger Geschichte gehörten (Ballin, Sloman, Laeisz, Lichtwark, Höger, Schumacher), hatten teilweise erst nach 1897 den Höhepunkt ihres Wirkens in und für Hamburg erreicht – von seinen eigenen Zeitgenossen (Brauer, Sieveking, Nevermann) ganz abgesehen.

Hamburg als Ort weitblickender Persönlichkeiten – gewiß! Aber als »Vorort der geistigen Freiheit«? War Schmidt einem »vaterstäd-

tischen« Mythos aufgesessen? Oder setzte er ihn nur ein, um seinem Appell mehr Wirkung zu verschaffen? Fast jeder historische Mythos enthält Elemente verklärter Vergangenheit wie auch solche aufgehobener Vernunft. Er soll im Hegelschen Sinne die seitdem verflossene Zeit ungeschehen machen, die Rückkehr zu den Ursprüngen ermöglichen und so das Identitätsverlangen der Nachlebenden stillen. Nicht umsonst hat Max Weber jene Kombination aus »charismatischer«, die Massen in kontrollierter Bewegung haltender Führung und effizienter Verwaltung, von Mythos und Rationalität, für das Kennzeichen eines modernen Staates gehalten. Es gibt Hinweise dafür, daß Schmidt, der in Max Weber einen seiner geistigen »Hausapotheker« sah, dieser Zusammenhang bewußt war. Der emphatische Tenor freilich, mit dem der Appell vorgetragen wurde, spricht ungleich stärker für die Annahme, daß er hier eine – gewiß vereinfachte, aber in sich stimmige – Summe seiner Überzeugungen von der historisch begründeten Sonderstellung des »Hanseatentums« und damit auch seiner Heimatstadt gezogen hat.

Nun heißt »Sonderstellung« in der an »Sonderlagen«, »Sonderbewußtsein« und »Sonderwegen« so reichen Geschichte Deutschlands nicht eben viel. Als Bundespräsident Theodor Heuss im März 1950 Hamburg seinen ersten Staatsbesuch abstattete, begrüßte ihn der Erste Bürgermeister Max Brauer mit den Worten: »Hamburg ist vom Standpunkt des eigentlichen Deutschland aus, das ja in Schwaben liegt, genau genommen kolonialer Boden, den Sie hier betreten. Römische Grenzpfähle haben dieses Gebiet nie eingefriedet, und römische Kultur ist nicht an die Elbe vorgedrungen.«³

Heuss bedankte sich auf seine Art für Brauers »kühne und liebenswürdige« Begrüßung: »Deshalb kühn, weil Ihnen einer entgegenhalten könnte, daß wir da unten (oder oben), deren Land vom Limes umhegt gewesen, einmal ›Kolonie‹ waren, und zwar römische Kolonie, während das Stammland der Angeln und Sachsen die Kraftquelle des vor ein paar Jahren noch so gefragten ›nordischen‹ Menschen darstellte.«⁴

Im Grunde hatten beide recht. Nicht nur der deutsche Südwesten war einmal ›Kolonie‹ gewesen, sondern auch – Jahrhunderte später – jener von Osten her im Geestrücken am Nordrand des Urstromtals der Elbe sich vorschiebende Geländesporn zwischen der Mündung von Alster und Bille, auf dem der ursprüngliche Kern der Stadt, die

›Hammaburg‹⁵, entstanden war. Mit St. Petri, einer der fünf Hauptkirchen, und dem Rathaus befindet sich dort auch heute noch das Zentrum der Stadt.

Die Gunst der Natur, der Zugang zur Alsterfurt wie auch die Nähe zur Elbe, auf der die Gezeiten die Schiffe in berechenbarem Rhythmus aufwärts und abwärts befördern konnten, machte den Platz schon früh zu einem begehrten Ort. Grabungen in den 1980er Jahren ergaben, daß die durch Ringwall und Spitzgräben gesicherte Hammaburg spätestens um die Wende vom fünften zum sechsten Jahrhundert entstanden sein und in den nachfolgenden zwei Jahrhunderten für die nordelbischen Sachsen »größere Bedeutung«⁶ erlangt haben muß.

Das wechselvolle Schicksal der Siedlungsversuche an diesem Ort wurde in den folgenden Jahrhunderten von den Kämpfen zwischen Sachsen, slawischen Obodriten und Franken bestimmt. Auch die Wikinger fehlten nicht, die 845 dem Unternehmen des von Ludwig dem Frommen entsandten Erzbischofs Ansgar, von diesem Platz aus die Völker rund um die Ostsee für das Christentum zu gewinnen, ein jähes Ende bereiteten.

Eine kontinuierliche Entwicklung gab es erst, als der Schauenburger Adolf III. 1186/87 auf dem Gelände der ein Jahrhundert zuvor von den Billungern errichteten »Neuen Burg« gegenüber dem älteren Siedlungskern eine Kaufmannsstadt gründete. Das am Vorbild des 1158 von Heinrich dem Löwen gegründeten Lübeck orientierte Stadtrecht sah unter einem dem Stadtherrn verantwortlichen Vogt Anfänge einer Selbstverwaltung durch von der Kaufmannschaft gewählte Vertreter vor. Die Attraktion der Neugründung wurde 1189 durch ein Privileg Kaiser Friedrich Barbarossas erhöht, das den Kaufleuten der Neustadt die freie Schifffahrt auf der Elbe sowie Fischerei- und Marktrechte sicherte, die Bürger von der Heeresfolge befreite und im Umkreis von zwei Meilen den Bau von Burgen verbot.

Die Stadt profitierte auch vom zunehmenden Handel mit Getreide aus der Mark Brandenburg, nachdem sie den dortigen Kaufleuten Vergünstigungen beim Transit wie beim Aufenthalt im Hafen angeboten hatte. Die Verarbeitung immer größerer Getreidemengen machte die Ausweitung der Mühlenbetriebe notwendig. Für die Mitte des 13. Jahrhunderts gebaute »Obermühle« wurde die Alster aufge-

staut. So entstand die das künftige Stadtbild stark prägende Außenalster.

Zu jener Zeit begann auch die Produktion von Weizen- und Weißbier. Ein Jahrhundert später zählte die Stadt über 500 Brauhäuser – sie produzierten in steigendem Maße für den Export. Von den im Jahr 1376 in der Stadt ansässigen 1075 Kaufleuten und Gewerbetreibenden waren 457 Brauer oder Bierexporteure. Hamburg war so bald zum Brauhaus der gesamten Hanse geworden.

Was war die Hanse, und was bedeutete sie für die Geschichte Hamburgs? Im Hoch- und Spätmittelalter gab es in Mitteleuropa nicht nur den Städtebund der Hanse; auch die Kaufleute der oberdeutschen Städte – vor ihnen noch die der lombardischen Städte – traten zeitweise gemeinsam auf fremden Märkten auf, erstritten sich dort Stapel-, Zoll- und Steuerprivilegien für den Verkauf ihrer Waren und begegneten gemeinsam den vielfältigen Gefahren auf den Wegen dorthin. Auch sie taten sich zu »Hansen« zusammen. Denn das alte deutsche Wort Hansa (ursprünglich »Schar«) erhielt bald die erweiterte Bedeutung als Vereinigung mehrerer Personen zu einem gemeinsamen Zweck, als Reisegenossenschaft, als Gesellschaft und Gilde. In englischen Urkunden des 12. Jahrhunderts und in Pariser Urkunden des frühen 13. Jahrhunderts tauchen die *Mercatores Hanseati* als Vereinigung deutscher Kaufleute im Ausland auf. Vor allem in Flandern, England, Schweden, im Baltikum und in Nordrußland hatten sie Niederlassungen.

Die weltlichen und geistlichen Fürsten rund um die Ostsee, zu denen seit 1226 auch die Ritter des Deutschen Ordens stießen, der ursprünglich aus einer von Bremer und Lübecker Kaufleuten in Akko gestifteten Hospitalbruderschaft entstanden war, hatten inzwischen den Wert des über städtische Märkte und Häfen geführten Handels für ihre Herrschaft erkannt. Sie waren wechselweise Förderer und Bündnispartner, aber auch machtpolitische Konkurrenten und Gegner der zunehmend selbstbewußter agierenden Kaufmannseliten in den Städten. Deren Oberhäupter konnten bald die zeitraubenden und risikoreichen Handelsfahrten jüngeren Mitgliedern der Familien oder Beauftragten überlassen und die vielfältigen Geschäftsbeziehungen vom heimischen Kontor aus leiten. Dadurch konnten sie sich immer stärker der Führung der eigenen Stadt und deren Beziehungen zu anderen Städten widmen. Aus der *Kauf-*

mannshanse entwickelte sich die *Städtehanse*. Ihr schlossen sich viele Städte weitab von der Küste an. Im 15. Jahrhundert gehörten ihr über 160 fast ausschließlich deutsche Städte an, die sich nach regionalen und Handelsinteressen zunächst in »Dritteln«, später in »Quartieren« organisierten. Ihr seit Mitte des 14. Jahrhunderts unbestrittener Vorort wurde Lübeck. Die verabschiedeten Beschlüsse (Rezesse), die auch in die inneren Verhältnisse der Städte – etwa beim Streit um die Demokratisierung des Stadtrechts zwischen den Kaufmannseliten und den Zünften meist zugunsten der ersteren – eingriffen, waren für alle Städte verbindlich. Wer sie mißachtete, wurde ausgeschlossen (»verhanst«).

Das wichtigste Sanktionsmittel der Hanse in Konflikten mit den fremden Handelsinteressen war der Boykott, der gegen konkurrierende Städte wie Staaten angewandt wurde. Wenn er nicht ausreichte, wurden auch Kriege geführt. Den längsten Konflikt, in dem sich die Städtehanse als politisch bedeutende Macht herausbildete, führte sie mit Dänemark. Der nach wechselndem Kriegsglück 1370 erreichte Frieden von Stralsund bekräftigte nicht nur die Vorrechte der Hanse in Dänemark und Südschweden, sondern sicherte ihr faktisches Monopol im Ostseehandel bis zum Ende des 15. Jahrhunderts.

Immer wenn diese Vorrechte durch flandrische und holländische Städte wie durch den englischen König angefochten wurden, sorgten Kaperkriege und Lübecks umsichtige, auch die dynastischen Konflikte ausnützende Diplomatie dafür, daß sie auch nach Westen hin weitgehend gewahrt blieben.

Und Hamburgs Rolle? Seine politische Bedeutung blieb bis weit ins 15. Jahrhundert hinter der Lübecks und Bremens (das den sächsischen und niedersächsischen Städten vorstand) zurück. Dafür sorgte schon die Tatsache, daß die Stadt, obwohl seit 1292 in inneren Angelegenheiten souverän, formell immer noch fürstliches Territorium blieb – zuerst der Schauenburger, seit 1461 des dänischen Königs. Erst 1510 – fast zwei Jahrhunderte nach Lübeck – wurde sie von Kaiser Maximilian auf dem Augsburger Reichstag zur Reichsstadt erklärt, was nach langwierigen Verhandlungen 1618 durch das Reichskammergericht anerkannt wurde, ohne daß diese Entscheidung die dänischen Könige in den folgenden Jahrzehnten beeindruckt hätte.

Ebensowenig scherten sie sich um das 1628 von Kaiser Ferdinand II. verliehene, 1636 nochmals bestätigte große Privileg, das nur ham-

burgische Kriegsschiffe auf der Elbe zuließ. Zwar war die Stadt selbst, nachdem sie sich im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts mit einem vom Niederländer Jan van Valckenbourgh entworfenen Festungsring umgeben hatte, kaum mehr zu nehmen. Aber durch Kaperkrieg und Blockade der Elbe konnte immer wieder ihr Lebensnerv, der Außenhandel über See, entscheidend getroffen werden.

Der Handel mit den westlichen Ländern, bei dem Hamburg durch seine Lage begünstigt war, entwickelte sich seit Mitte des 13. Jahrhunderts. Schon 1266 konnten die hamburgischen Kaufleute – vor Lübeck – als eigene »Hanse« in England auftreten. Später schlossen sie sich mit denen der anderen deutschen Städte zur »hansa Almaniae« zusammen, deren Kaufhof in London später *Stalhof* (= Stapelhof) hieß.

Im Hundertjährigen Krieg zwischen England und Frankreich profitierte Hamburg vom gestiegenen Importbedarf auf englischer Seite wie von den neuen Transportmöglichkeiten. In späteren Jahrhunderten konnte Hamburg seinen inzwischen gewonnenen neutralen Status dazu benutzen, in Kriegen, die andere führten, beide Seiten zu beliefern. Von den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts bis ins letzte Drittel des 17. Jahrhunderts war Hamburg zum wichtigsten Zentrum des Waffenhandels jener Zeit geworden.

Auch im Dreißigjährigen Krieg gelang es Hamburg, neutral zu bleiben und die Furie des Krieges von seinem Territorium fernzuhalten – ein Glück, das sonst in Mitteleuropa nur noch ganz wenigen Ländern beschieden war. Auch während dieser Epoche stieg das Waffengeschäft an und bildete eine Art Ausgleich dafür, daß der sonstige Handel darniederlag. Die Hamburger huldigten zwar Merkur, nicht aber Mars. In Konflikten mit stärkeren Gegnern wie etwa dem Dänenkönig dominierte entweder ein durch gemünztes Silber unterfüttertes Arrangement oder die Hilfe stärkerer Verbündeter, etwa des Großen Kurfürsten, der 1686 die Dänen zur Aufhebung ihrer Belagerung zwang. Erst im Gottorper Vertrag von 1768 erkannte die dänische Krone (gegen den Erlaß hoher Schulden) Hamburgs Status als Freie Reichsstadt an.

Hilfe anderer Hansestädte war schon lange nicht mehr zu erwarten. 1669 fand der letzte Hansetag statt, den außer Lübeck, Hamburg und Bremen, die 1630 einen engeren Bund geschlossen hatten, nur noch Köln, Braunschweig und Danzig beschickten. Schon im

Jahrhundert zuvor hatte mit der durch die »Entdeckung« Amerikas verursachten Verlagerung der Handelsströme, mit der Herausbildung merkantilistisch auftretender Nationalstaaten im Westen – 1598 wurde der Stalhof in London geschlossen – und dem Erstarken der Territorialfürsten in Deutschland der Niedergang der Hanse begonnen.

Die drei erstgenannten Städte versuchten in der Folgezeit die Tradition der Hanse zu wahren, auch wenn diese bald zum Mythos gerann. Aber die Eigenentwicklung, die sie schon vorher über den Kreis der Fürstenstädte wie der kleineren Reichsstädte hinausgehoben hatte, prägte sich noch stärker aus. Das galt besonders für Hamburg, das seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht nur zum wichtigsten Zentrum des Handels und der Geldwirtschaft in Norddeutschland und Nordeuropa, sondern mit (1662) 75 000 Einwohnern zur bevölkerungsreichsten deutschen Stadt geworden war und dies fast zwei Jahrhunderte bleiben sollte, bis es von Berlin überflügelt wurde.

Die Reformation fand schon 1521 Eingang. In den nachfolgenden Jahren gelang dem Reformator Bugenhagen eine Ordnung des Kirchen- und Schulwesens, wie sie besser organisiert kaum irgendwo sonst anzutreffen war. War Hamburg dadurch schon zu einem »Vorort« religiöser Toleranz geworden? Zunächst noch kaum, Mennoniten und andere protestantische Bekenntnisse wurden aus Hamburg vertrieben. Sie zogen einige Kilometer weiter und halfen auf holsteinischem Boden bei der Gründung Altonas, das 1664 vom dänischen König das Stadtrecht erhielt, zugleich mit dem Versprechen bürgerlicher, religiöser und wirtschaftlicher Freiheiten sowie Glaubensfreiheit – anders als in Hamburg – auch für Juden.

Glaubensflüchtlingen aus den Niederlanden, die vor Herzog Alba flohen, und Juden aus Portugal und Spanien, die von der Inquisition bedroht waren, öffnete Hamburg seit dem letzten Drittel des 16. Jahrhunderts mehrfach die Tore – zum ersten Mal 1567, dem Lübecker Einspruch zum Trotz. Also doch religiöse Toleranz?! Ja und nein. Denn zumindest mit einem Teil der Flüchtlinge hatte es eine besondere Bewandnis. Er bestand aus den in Antwerpen Tuchhandel betreibenden *merchant adventurers*, die Geld, Waren und wertvolle Handelsbeziehungen besaßen. Das galt auch für das Gros der sephardischen Juden. Der Rat war bereit, den *merchant adventurers* nicht

nur besondere Privilegien einzuräumen – was auf Widerspruch der übrigen Hanse stieß und zur vorübergehenden Ausweisung dieser privilegierten Flüchtlinge nach Stade führte –, sondern hielt in diesem Fall auch wenig vom sonst so geläufigen Vorurteil der Lutheraner, wonach Calvinisten fast ebenso gefährlich wie Papisten seien. Hingegen war den Juden auferlegt, nach außen als Katholiken zu firmieren – ein weiteres Paradox.

Der nach einem Aufruhr erstrittene »Lange Rezeß« von 1529 regelte die Mitsprache der »Erbgesessenen (grundbesitzenden) Bürgerschaft« und der neu eingerichteten Kollegien, die etwa zur Verwaltung der seit der Reformation eingezogenen Kirchengüter dienten. Diese wurden in den Kirchspielen zu »Gotteskasten«, also zu Armengeldern, umgewandelt und von »Oberalten« geleitet. Der Lange Rezeß mit seinen 132 Artikeln enthielt auch Bestimmungen gegen Korruption in Verwaltung und Justiz und bekräftigte das Recht der Bürgerschaft, über Krieg und Frieden zu befinden.

Gab es seither einen »demokratischen Zustand, den zu erleben man dem göttlichen Platon gegönnt hätte«⁷, wie eine zeitgenössische Stimme diese von Erasmus von Rotterdam auf Straßburg gemünzte Bemerkung Hamburg zuerkennen zu müssen glaubte? »Demokratische Zustände« gewiß nicht, wohl aber immer wieder aufflackernde Kämpfe um die Ausweitung bürgerschaftlicher Rechte, die sich nicht zuletzt an der mangelnden Kontrolle der öffentlichen Finanzen entzündeten und erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts beendet wurden.

Der 1712 zustande gekommene, vom Kaiser genehmigte »Hauptrezeß« als Grundlage hamburgischen Verfassungslebens überdauerte selbst die Auflösung des alten Kaiserreiches zu Beginn des 19. Jahrhunderts und das »Tolle Jahr« 1848/49. Als im Frühjahr 1848 eine Delegation von Bürgern und Arbeitern beim Bürgermeister ihren Wunsch vortrug – »wi wöllt'ne Republik« –, antwortete dieser: »Ji hewut doch alli een.«

Die Weltwirtschaftskrise von 1857 mit ihren ruinösen Folgen für Handel und öffentliche Finanzen sowie das Wiedererwachen der liberalen Bestrebungen in Deutschland gab auch in Hamburg den liberalen Kräften Auftrieb.

Im Dezember 1859 trat die erste gewählte Bürgerschaft zusammen, die im September 1860 eine Verfassung verabschiedete, die der von 1850 ähnelte. Neben den 84 in »allgemeiner, direkter« (aber

nicht gleicher) Wahl berufenen Abgeordneten saßen 48 Vertreter der Grundeigentümer und 60 Angehörige der Gerichte, Deputationen, »Älterleute« der zünftigen Gewerbe (Notabeln). Dieses nicht einmal liberale, geschweige denn demokratische Wahlrecht wurde in den folgenden Jahrzehnten noch mehrfach abgeändert.⁸ Zuletzt geschah dies 1906 in Form eines Zweiklassenwahlrechts, um die Sozialdemokratie von der Bürgerschaft möglichst fernzuhalten, obwohl auch zu jener Zeit weniger als fünf Prozent der Einwohner Hamburg wählen durften. Immerhin enthielt die bis 1919 geltende Verfassung eine striktere Teilung der Gewalten.

Die Bürgerschaft konnte nun Gesetze einbringen. Staat und evangelisch-lutherische Kirche wurden getrennt. Die Bürger aller Konfessionen wurden gleichberechtigt. Der Rat, von da an auch offiziell »Senat« genannt, mußte das mit ihm bisher verbundene Obergericht in die Unabhängigkeit entlassen, sein Selbstergänzungsrecht war zugunsten einer stärkeren Mitwirkung des Parlaments eingeschränkt worden.

Wären da in den Zeiten politischer Bewegung nicht die vom Stadtregiment jeweils bei stärkeren Mächten angeforderten militärischen Hilfen gewesen, ließe sich die These wagen, die politische Entwicklung Hamburgs sei nach den Konvulsionen des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts dem gemächlicheren Rhythmus Englands gefolgt, das seinen Reformvorsprung gegenüber den kontinentalen Ländern spätestens seit der *glorious revolution* von 1688 – trotz oder vielleicht sogar wegen der Französischen Revolution mit ihren radikaleren Brüchen – bis weit ins 19. Jahrhundert hatte behaupten können. Für die tonangebenden Gruppen der Stadt war England seit dem 17. Jahrhundert ohnehin zum wirtschaftlichen und sozialen Vorbild geworden.

Im kulturellen Bereich herrschte bis ins letzte Drittel des 18. Jahrhunderts der französische Einfluß vor, unterfüttert durch den Zuzug Tausender aus ihrer Heimat aus religiösen und politischen Gründen vertriebener Franzosen. Kleidung, Sprache und Zeitungen waren davon geprägt. Noch mehr galt dies für die Stücke, die in der an Theatern und Schauspieltruppen zeitweise so reichen Stadt gespielt wurden.

In Gründungen privater Theater entfaltete sich zeitweise am stärksten bürgerschaftliches Engagement – ein kulturelles Erbe, das der

Stadt bis in die heutige Zeit, nicht zuletzt aus der Sicht der eifrigen Theaterbesucher Helmut und Loki Schmidt, zur Zierde gereicht. Der Hamburger Schauspieler K. E. Ackermann und seine als Schauspielerin noch berühmtere Frau Dorothea hatten 1765 ein »Comödienhaus« errichtet, das ihnen wie auch ihren Kollegen C. Ekhoff und F. L. Schröder Gelegenheit bot, das »Bürgerliche Schauspiel« in deutscher Sprache zu fördern.

Ackermann war es auch, der Lessing nach Hamburg einlud, um dort als Dramaturg und Kritiker in diesem Sinne zu wirken. Lessings kurz zuvor verfaßtes Lustspiel »Minna von Barnhelm«, in dessen Kritik des Soldaten- und Offizierslebens eigene Beobachtungen aus dem Siebenjährigen Krieg eingegangen waren, war ein literarischer Entwurf einer *societas civilis*, in der das Theater »die Schule der moralischen Welt sein soll«, kurz ein Sozialideal, das es in den deutschen Städten – meist fürstlichen Residenzen – noch nicht, in Hamburg immerhin in Ansätzen zu geben schien.

Und die in »Nathan der Weise« entfaltete Ringparabel machte die gemeinsamen Wurzeln der drei Religionen sinnfällig, die an den einen Gott glauben. Aus der Absage an allen Glaubensfanatismus und Obskurantismus wurde eines der überzeugendsten Dokumente der Aufklärung in Deutschland. Zweihundert Jahre später bildeten diese gemeinsamen Wurzeln einen Mittelpunkt in den Gesprächen Helmut Schmidts mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat.

Gewiß, anderswo in Deutschland – Weimar vielleicht ausgenommen – war der geistige Sauerstoff meist rarer, die Luft noch stickiger. Aber auch in den nachfolgenden Jahrzehnten, in denen im Gefolge der Französischen Revolution und der Eroberungskriege Napoleons weite Gebiete Deutschlands unter dessen Herrschaft gerieten – ganz zuletzt auch die Unterelbe und Hamburg –, überstieg, trotz der nun eingeführten Rechtsgleichheit aller Bürger, der geistige Freiraum der Hamburger nur wenig den der anderen Deutschen.

Die französische Besetzung hinterließ einen Schock, von dem sich der zuvor bestehende kulturelle Einfluß des Nachbarn nie mehr erholte. Im Dezember 1813 hatte der französische Marschall Davout, um sich ein Schußfeld für seine Kanonen zur Verteidigung Hamburgs gegen die russischen Befreier zu verschaffen, die Vorstädte St. Georg und St. Pauli niederbrennen lassen und rund 20 000 Einwohner, die sich für eine längere Belagerung nicht bevorraten konn-

ten, vertrieben. Über tausend Menschen fanden dabei durch Hunger und Kälte den Tod – die erste der Katastrophen des 19. Jahrhunderts und ein Tiefpunkt auch der architektonischen Stadtgeschichte. Kein Wunder, daß es nach der Niederlage Napoleons Bestrebungen im Rat gab, die von der Kontinental Sperre zusätzlich geschädigte Stadt zum britischen Freihafen auf dem Kontinent zu machen.

Das war nicht im Sinne der anderen deutschen Staaten, die auf dem Wiener Kongreß 1815 gar nicht daran dachten, die Mündungen deutscher Flüsse erneut – wie 1648 – anderen europäischen Mächten auszuliefern. Selbst ohne direkte politische Verbindung wurden die britischen Einflüsse bald auch im Alltag spürbar. Nicht zuletzt galt dies für die im 19. Jahrhundert immer wichtiger werden den Errungenschaften Englands als Mutterland der modernen Technik. Der englische Chefingenieur William Lindley war am Bau der ersten Eisenbahnverbindung Norddeutschlands von Hamburg nach Bergedorf beteiligt. Wenige Wochen nach der von Lindley mit den Spitzen der Stadt durchgeführten Probefahrt mit dem Dampfboß (April 1842) war Lindleys Sachverstand erneut gefragt. Der »Große Brand« vom Mai 1842, dem ein Drittel der Stadt, darunter das ganze Zentrum mit den Hauptkirchen St. Nicolai und St. Petri zum Opfer fiel, machte die Mängel, unter denen der Hamburger Alltag litt, drastisch deutlich: ein überaltertes Stadtre Regiment – die vier Bürgermeister über siebzig und achtzig Jahre alt –, eine enorme Bevölkerungszunahme von weit über fünfzig Prozent seit 1815, die Bewohner des Zentrums entsprechend zusammengedrückt, eine für die Brandbekämpfung völlig unzureichende Wasserversorgung, obwohl die jährlichen Löscheinsätze sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert vervierfacht hatten.

Lindley, der schon vor dem Brand Teile der Stadt ohne Auftrag vermessen hatte, konnte fertige Pläne zum Wiederaufbau vorlegen. Den für den Bausektor Verantwortlichen der Stadt waren sie in städtebaulicher Hinsicht zu anspruchslos. Nach einigem Hin und Her wurde er zum »beratenden Ingenieur der Deputation für den Wiederaufbau« bestellt.⁹ Hinzu kamen wichtige Spezialaufträge, insbesondere die Ausstattung des wieder zu errichtenden Zentrums mit Sielen, eine neue Wasser- sowie eine neue Gasversorgung, nachdem das kurz zuvor errichtete Gaswerk auf dem Grasbrook durch eine Sturmflut vernichtet worden war.

Neben dem Ingenieur Lindley waren es begabte Architekten wie Gottfried Semper, dessen Ruf hier begann und ihn später zu großen Bauwerken von Dresden bis Wien befähigte, und Alexis de Chateauf, die das neue Zentrum errichteten. Kein Geringerer als Fritz Schumacher – der mehr als ein halbes Jahrhundert später tätige und von Helmut Schmidt als Vorbild bewunderte Stadtbaudirektor – hat diesen architektonischen Neubeginn als »Kunstwerk Hamburg« gepriesen.

Anders als in der Politik konnten sich hierbei wie bei der Modernisierung der Infrastruktur kreative Talente beweisen. Eine für Deutschland im langen – bis 1914 reichenden – 19. Jahrhundert so typische Entwicklung warf hier ihre Schatten voraus: technische und ökonomische Modernität bei politischer und teilweise kultureller Rückständigkeit. Insoweit war Hamburg trotz aller »Anglomanie« eine sehr deutsche Stadt geworden.

EIN LANGER WEG ZUR EMANZIPATION – NICHT NUR DER JUDEN

Dies galt auch für die Diskriminierung der größten ethnisch-religiösen Minderheit, die in Hamburg lebte. Nach dem Rückzug der Franzosen 1814 wurde hier, wie in anderen deutschen Territorien, die 1809 eingeführte rechtliche Gleichstellung der Juden wieder durch das alte Judenreglement von 1710 ersetzt. Danach mußten die Juden alle Steuern zahlen, durften aber keinen Grund- und Hausbesitz erwerben. Ihr Wohnrecht war auf bestimmte Straßen beschränkt.

Das Reglement war geschaffen worden, nachdem im 17. Jahrhundert zahlreiche aschkenasische Juden, meist als Bedienstete der ein Jahrhundert zuvor aus Portugal und Spanien geflüchteten Sepharden, zugewandert waren. Die Neuankömmlinge hatten sich mit den Juden in Wandsbek und Altona zur »Dreigemeinde« zusammengeschlossen. Um dem Loyalitätskonflikt zu entgehen, der durch die »Eingemeindung« Hamburgs in das französische Kaiserreich entstanden war – Wandsbek und Altona blieben unter dänischer Oberhoheit –, verließen die aschkenasischen Juden im April 1812 die »Dreigemeinde« und gründeten die »Deutsch-Israelitische Gemeinde« in Hamburg. Mit 6729 Mitgliedern (darunter knapp zwei Prozent portugiesischen Juden) lag ihr Bevölkerungsanteil bei über

sechs Prozent (1811). Absolut genommen war sie zu jener Zeit die größte jüdische Gemeinde in Deutschland. Sie wuchs auch in den folgenden Jahrzehnten. Ihr Anteil wurde angesichts des schnelleren Wachstums der übrigen Bevölkerung aber deutlich geringer.¹⁰

Immer dann, wenn durch wirtschaftliche Krisen die Situation für große Teile der Gewerbe wie des Handels besonders drückend wurde, war die Neigung groß, Sündenböcke zu suchen. Niemand eignete sich besser dafür als die Juden. Sie galten »als Symbol des Wettbewerbs mit ausländischen Waren«, von denen nur die Reichen profitieren würden.¹¹ Nach Hamburg als Stadt des Freihandels strömten die Produkte der ganzen Welt, insbesondere die des früher industrialisierten Großbritanniens.

Der Mob, der sich aus Kaufleuten und gutsituierten Handwerkern sowie aus Taugenichtsen zusammensetzte, drang mit den Rufen »Hep! Hep! Nieder mit den Juden!« in die Kaffeehäuser ein, schleppte die dort sitzenden Juden hinaus, schlug Ladenfenster ein, wobei christliche Geschäfte oft höheren Schaden als jüdische Geschäfte erlitten.

Die Hamburger Juden waren politisch national gesinnt – wenn auch in geringerem Maße als die Juden anderswo in Deutschland –, weil auch ihre Söhne 1813/14 in den Befreiungskriegen mitgekämpft hatten und sie sich von nationalen Maßnahmen Fortschritte für ihre Emanzipation versprachen. In der Wirtschaftspolitik dachten sie aber partikular und wollten den Freihandel erhalten.

Ihre Gegner argumentierten in wirtschaftlicher Hinsicht national, d. h. sie fügten sich in die Schutzzoll-Bewegung ein, die 1834 mit dem Deutschen Zollverein ein erstes Erfolgserlebnis hatte, während Hamburg draußen blieb. Auf dem Felde der Politik hielten sie an den traditionellen »vaterstädtischen« Einrichtungen, also auch am Juden-Reglement, fest, weil sie in der Gleichstellung der Juden eine Bedrohung des überkommenen, 1814 wieder restaurierten politischen und wirtschaftlichen Systems sahen.

Der große Hamburger Brand vom Mai 1842 bildete in dieser Hinsicht eine wichtige mentale Zäsur. Der Volkszorn machte zeitweise Engländer, die durch Fehler beim Sprengen angeblich dem Brand zusätzliche Nahrung verschafft hatten, nicht Juden zum Sündenbock. Der jüdische Gemeindevorstand beschloß Hilfeleistungen auch für Nichtjuden. Am meisten zur Linderung der Not wie zum Wiederaufbau Hamburgs trug der Bankier Salomon Heine bei,

der Onkel Heinrich Heines. Er verzichtete nicht nur auf die ihm wegen der Sprengung seines Bankhauses am Jungfernstieg zustehende Entschädigung aus der Hamburger Feuerkasse. Als Hamburgs »Rothschild« ging er seinen Bankgeschäften »wie gewöhnlich« nach, lehnte das von anderen Häusern gewünschte Zahlungsmoratorium ab und vermied so eine kollektive Bankrotterklärung der Kaufmannschaft. Mit 8 Millionen Mark stellte er außerdem fast ein Viertel der gesamten Anleihe für den Wiederaufbau zur Verfügung. Seine Kunden folgten mit weiteren 10 Millionen. Die in mehreren Auflagen verbreitete Predigt des Rabbiners Salomon beeindruckte auch Teile jener christlichen Mittelschichten, die sich bisher am stärksten gegen die Gleichstellung der Juden gewehrt hatten. Nachdem im Juni 1842 eine neue Supplik dem Rat vorgelegt worden war, wurden im Dezember des gleichen Jahres für Juden bisher geltende Beschränkungen beim Erwerb von Immobilien und bei der Ausbildung aufgehoben.

Als aber im gleichen Monat der Kaufmann Theodor Dill die Commerzdeputation bat, die Ehrenbürgerwürde für Salomon Heine »wegen seiner besonderen Verdienste« förmlich zu beantragen, lehnten die Herren, deren Konkurs er abgewendet hatte, schnöde ab. Sein Neffe Heinrich hätte hier, mehr als bei anderen Anlässen, Grund gehabt, von dem Hamburg angeblich eigenen »faulen Schellfischseelenduft« zu sprechen, der diese Entscheidung umgab. Immerhin: Die angesehene, 1765 gegründete »Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlicher Gewerbe«, kurz *Patriotische Gesellschaft*, machte Salomon Heine 1843 zu ihrem Ehrenmitglied. Als er im Dezember 1844 gestorben war, begleiteten trotz des schlechten Wetters Tausende Hamburger, Juden wie Christen, den Sarg zum jüdischen Friedhof nach Ottensen.

Auch nach der Verabschiedung der Verfassung von 1860 dauerte es noch vier weitere Jahre, bis die zivilrechtliche Gleichstellung erreicht wurde und mit der Aufhebung der Zünfte zugleich die Chance der vollen sozialen Integration hergestellt werden konnte. Die politische Integration hatte schon zuvor begonnen. Unter den 84 direkt gewählten Abgeordneten der Bürgerschaft von 1859 befanden sich neun Juden. Da dieses Ergebnis ihren Anteil an der Bevölkerung erheblich überstieg – wenn auch weniger bei den steuerzahlenden Teilen –, läßt sich daraus schließen, daß sie zu einem beträchtlichen Teil auch christliche Stimmen erhalten hatten.

VON DER SOZIALEN FRAGE ZUR SOZIALDEMOKRATIE

Die soziale Frage erschien zuerst als Problem, wie der »Stadtarmut« zu begegnen sei, die sich in Hamburg, das zum Ende des 18. Jahrhunderts schon über 100 000 Einwohner zählte, stets aufs Neue durch Zuzug aus den ländlichen Unterschichten ergänzte und vermehrte. Insoweit ist dieses Problem älter als der Modernisierungsprozeß, der meist sehr verkürzt als *Industrielle Revolution* beschrieben wird.

In Hamburg waren es zu jener Zeit acht bis neun Prozent Arme, die im Spital Unterhalt suchten oder bettelten.¹² Damit erging es der Stadt weit besser als anderen westeuropäischen Zentren, die wie Paris oder Amsterdam 30 oder mehr vom Hundert der Bevölkerung als Stadtarme zählten. Angst vor der größer werdenden Spaltung der Gesellschaft wie philanthropische Gesinnung im Zeichen der Aufklärung standen Pate bei der Gründung der Neuen Allgemeinen Armenanstalt 1788. Vorhandene Wohlfahrtseinrichtungen wurden in ein übergreifendes Konzept eingebracht, das sowohl Bildungs- und Erziehungselemente in Lehrbetrieben wie auch – wenn diese nicht ausreichend für Sozialdisziplin sorgten – Zwangsmittel in Form des Spinnhauses und des Zuchthauses als »Korrektion« bereithielten.

Der Industrielle Johann Daniel Läwitz, der sich auf die Sozialutopie des englischen Frühsozialisten Robert Owen berief, zog vor allem in der 1821 gegründeten »Armenkolonie« Friedrichsgabe bei Quickborn – sie existierte bis 1873 – Teilaskese und rigide Ordnungsvorstellungen einer Erziehung zur Mündigkeit und Freiheit vor. Gleichwohl hatte er im Unterschied zu den frühen Philanthropen eine zentrale Ursache der seit 1815 sich verschärfenden sozialen Frage erkannt: Die durch Verbote der alten Ständegesellschaft nicht mehr gebundene Bevölkerung vermehrte sich schneller als die Zahl der Arbeitsplätze. Auch wenn in Hamburg in vorrevolutionären Zeiten solche Verbote eine geringere Rolle spielten als in den Territorialstaaten: Deren Aufhebung verstärkte auch hier den Druck durch Zuwanderung. Während in Nachbarorten wie Altona, Wedel, Ottensen und Harburg Industriebetriebe entstanden, hielten sich auf Hamburger Gebiet wesentlich ältere Manufakturbetriebe wie Kattundruckereien, Zuckerbäckereien und Tabakmanufakturen. Zugleich

sorgten außerhalb Hamburgs Zölle für einen gewissen Schutz vor der englischen Konkurrenz. Hamburg blieb beim Freihandel.

Gewiß, es gab den Hafen, die großen Handelsbetriebe und das Handwerk – Wirtschaftszweige, die schon zu Ende des 18. Jahrhunderts rund der Hälfte der städtischen Bevölkerung Hamburgs und deren Familien Arbeit und Brot gaben. Aber die einseitige Ausrichtung auf den Handel machte die Stadt immer abhängiger von Konjunkturen, deren Verlauf sie nicht bestimmen konnte. Der Anteil der Beschäftigten in den zünftigen Handwerken nahm im 19. Jahrhundert trotz der von den Zünften immer wieder unternommenen Abwehr der »Bönhasen« – derer, die auf den Dachböden (= Bön) unerlaubterweise ihr Gewerbe betrieben¹³ – drastisch ab. Als Mitte der 1860er Jahre der Zunftzwang aufgehoben wurde, betraf dies nur 15 Prozent der im Handwerk Beschäftigten.

Die Arbeiter in den nichtzünftigen Gewerben hatten über Jahrzehnte von den Streikerfahrungen und subtilen Taktiken des Boykotts der Zunftgesellen lernen können. Der im Januar 1845 gegründete Arbeiterbildungsverein (ABV) überschritt – wie schon sein Name verriet – die bisherige Welt der Zünfte. Die Bezeichnung »Arbeiter« sollte ein Signal für die berufs- und gewerbeüberspannende Solidarität sein. Der Mitgründer und langjährige führende Kopf, Joachim Friedrich Martens, hatte in London und Paris gearbeitet und war mit dem Weitlingschen Handwerkerkommunismus ebenso vertraut wie mit den Ideen französischer Frühsozialisten – von St. Simon bis Louis Blanc. Jakob Audorf, ein anderes Gründungsmitglied, seines Zeichens Haartuchweber, verband sein Eintreten für sozialistische Ideen mit der Agitation gegen englische Textilimporte, was angesichts der Krise von 1846/47 besonders nahelag.

Als wenig später, im Frühjahr 1848, die auf der Liste der Börse für die Frankfurter Nationalversammlung kandidierenden Kaufleute Edgar Roß und Ernst Merck den Freihandel priesen und zugleich versprachen, alle sozialistischen und kommunistischen Tendenzen bis »zum letzten Pulsschlag« ihres Lebens zu bekämpfen, antwortete ihnen wenig später ein »Sozialist«, der seinen Namen nicht nannte, wohl aber der Ideenwelt des Arbeiterbildungsvereins zuzurechnen ist. Die Bekämpfung des Kommunismus, so hieß es da, dürfte den beiden Herren sehr schwer werden: »Wenn Sie mir ein Dutzend wirklicher Kommunisten schaffen könnten, d. h. solche Menschen,

die mit Bewußtsein an den Kommunismus glauben, wie Sie z. B. an den Freihandel, so will ich Ihnen mit Freuden meine Stimme geben; denn Sie haben dann bewiesen, daß Sie imstande sind, aus Nichts etwas zu machen. Aber Sie wollen auch den Sozialismus bekämpfen. Wissen Sie, was das heißt? Sie wollen die französische, englische, deutsche, italienische Revolution, noch mehr, Sie wollen das Jahrhundert bekämpfen [...]. Erst wenn das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital hergestellt ist, läßt sich eine Freiheit auf die Dauer denken. Bis dahin ist die Trias liberté, égalité, fraternité ein leerer Wortschwall [...].«¹⁴

Besonders die im letzten Satz enthaltene Prognose verriet Wirklichkeitssinn und Bewußtsein des eigenen Wertes. Während in anderen Städten Deutschlands in den im Vormärz gegründeten Arbeiterbildungsvereinen bürgerlich-liberale und -demokratische Tendenzen dominierten, hatten den Kurs des Hamburger Vereins von Anfang an auch Arbeiter mitbestimmt. Ihr Selbstbewußtsein war eine Mischung aus dem traditionellen Stolz der Handwerksgesellen und der Erkenntnis, daß angesichts der neu aufkommenden industriellen Konkurrenz ohne gemeinsames Handeln möglichst aller Arbeiter der Wert ihrer eigenen qualifizierten Arbeit immer weiter sinken würde.

Der Hamburger Arbeiterverein unterschied sich auch darin von den entsprechenden Vereinen in den meisten anderen Städten, als er sich selbst in der Zeit der Reaktion halten und so eine unmittelbare organisatorische und teilweise auch personelle Kontinuität zu den 1860er Jahren aufweisen konnte. Allerdings spaltete sich der Verein bald.

Eine große Gruppe entschied sich im Frühjahr 1863 dafür, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) mitzugründen. Dem autoritären Führungsanspruch Ferdinand Lassalles und dessen Nachfolgern setzte der Hamburger ADAV allerdings seine über Jahrzehnte gewachsene demokratische Praxis entgegen. Die Förderung von Unterstützungskassen als Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter, die Befürwortung von Streiks wie auch Bündnisse mit den Demokraten – all dies ließen sich diese ersten Hamburger Sozialdemokraten nicht nehmen. 1869 wurde gar der ADAV-Vorstand nach Hamburg verlegt, weil dort die weitaus größte Gruppe des ADAV bestand und die Polizei sich nicht so kujonierend betätigte wie in Preußen und Sachsen.

Als aber im gleichen Jahr Johann Baptist von Schweitzer, die markanteste Führungspersönlichkeit unter den Nachfolgern Lassalles, die kurz zuvor beschlossene demokratische Vereinsverfassung revidierte, kam es erneut zur Spaltung. Ein Teil der Mitglieder – darunter der ehemalige ADAV-Präsident August Perl und Jakob Audorf jr., der Verfasser der Arbeitermarseillaise – zog sich zurück. Ein anderer Teil – unter ihnen mit Theodor York und August Geib führende Köpfe der Sozialdemokratie – stieß zur in Eisenach sich gründenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die aus dem linken Flügel der demokratischen Volkspartei in Sachsen und in Süddeutschland hervorgegangen war. Ab 1871 wurde Hamburg gar zum Sitz des Parteiausschusses der SDAP, nachdem dieses bis zum deutsch-französischen Krieg in Braunschweig residierende Führungsgremium wegen seines Protestes gegen die Annexion Elsaß-Lothringens von den Militärbehörden aufgelöst und die Mitglieder verhaftet worden waren.

Die Verfolgungen durch die Polizei, denen die von Hamburg aus entsandten Vertrauensleute der Lassalleaner wie der Eisenacher vor allem bei Wahlkämpfen im nun vollends von Preußen beherrschten Umland ausgesetzt waren, wie auch die gemeinsam erfahrene Solidarität bei Streiks machten in den frühen 1870er Jahren der Rivalität bald ein Ende. Die Tatsache, daß sich zuerst in Hamburg 1874 beide Richtungen zusammengefunden hatten, hat nicht nur den Zusammenschluß beider Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) im Mai 1875 in Gotha den Weg geebnet, sondern auch die dortige Feststellung August Bebels gerechtfertigt, Hamburg sei »die Hauptstadt des deutschen Sozialismus«.15 Zusammen mit Altona, Wandsbek und Harburg zählte die Sozialdemokratie im Hamburger Raum rund ein Viertel aller Mitglieder im Kaiserreich. 1878 hatten von 26 gewerkschaftlichen Zentralverbänden 9 ihren Sitz in Hamburg.

Einer der jüngsten Delegierten des Gothaer Parteitages war der 1851 geborene Zigarrenmacher Hermann Molkenbuhr. Der Streit der beiden Gruppen hatte ihn vom politischen Engagement zunächst abgeschreckt. Durch Lektüre der Schriften Lassalles war er dann doch für die sozialdemokratische Ideenwelt gewonnen worden. 1872 hatte er sich dem Hamburger ADAV angeschlossen. Von allen ursprünglichen Lassalleanern machte Molkenbuhr-Hamburg, wie er

noch Jahrzehnte später hieß, die größte Karriere. Er brachte es – zusammen mit Hugo Haase – zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Reichstag (seit 1911). Nicht nur in dieser Funktion war er ein Vorgänger Helmut Schmidts. Er war damit zugleich – vor Schmidt – der einzige Sozialdemokrat aus dem Hamburger Raum, der in den engsten Führungskreis der SPD vorgestoßen war.

Die negativen Folgen der Arbeitsbedingungen in seinem von hohen gesundheitlichen Gefahren geprägten Gewerbe hatten Molkenbuhr motiviert, nicht einfach nur »nach oben« zu wollen, sondern sich in seiner politischen Arbeit besonders intensiv um die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter zu kümmern. Als Abgeordneter des Reichstages, dem er von 1890 bis 1924 angehörte, wurde er zum bedeutendsten Sozialpolitiker nicht nur seiner Partei, sondern des Parlaments überhaupt, dessen Erfahrungen und Kenntnissen Ministerialbeamte wie Professoren insgeheim hohe Anerkennung zollten¹⁶, auch wenn er die Erfüllung zentraler politischer Ziele, wie etwa die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die er schon 1902 gefordert hatte, angesichts des heftigen Widerstandes der Gewerkschaften – die eine Lähmung ihrer Arbeit befürchteten – wie auch der radikalen Ideologen seiner Partei, die das für »soziale Kurpfuscherei« hielten, erst kurz vor seinem Tode (1927) erlebte.¹⁷

Nach der Verabschiedung des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« (1878) wuchs der von Bismarck auf den hamburgischen Senat ausgeübte Druck, nach preußischem Muster den »kleinen Belagerungszustand« zu verhängen sowie die wichtigsten Funktionäre und Mandatsträger aus der Stadt auszuweisen. Obwohl sich Gerichte und Polizei der Stadt nach Verkündung des Ausnahmegesetzes erfolgreich bemühten, hinsichtlich des Höchstmaßes der Strafen für sozialdemokratische Aktivisten mit denen in Preußen und Sachsen gleichzuziehen, zögerte der Senat, das Berliner Beispiel nachzuahmen, denn Ausweisung bedeutete zumeist die Vernichtung der materiellen Existenzgrundlage und häufig auch das Zerbrechen von Ehen und Familien. Schließlich wurden diese Folgen doch in Kauf genommen.

Als Hamburg am 24. Oktober 1880 den kleinen Belagerungszustand verkündete, waren unter den 75 Personen, die zuerst ausgewiesen wurden, 67 Familienväter. Im Laufe der folgenden Monate

und Jahre stieg die Zahl der aus Hamburg ausgewiesenen Sozialdemokraten auf 350. Die Mehrzahl von ihnen wanderte in die USA aus. Zu ihnen gehörte Molkenbuhr. Auch dessen Ehe ist darüber zerbrochen. Der wirtschaftliche Erfolg blieb ihm in den Vereinigten Staaten zwar nicht versagt; 1883 beschäftigte er schon drei Gehilfen. Aber die sozialistische Partei dort, für die er agierte, blieb eine von deutschen Sozialdemokraten importierte Splitterpartei. Auch deshalb kehrte er 1884 nach Deutschland zurück, kandidierte noch im gleichen Jahr und in den folgenden Wahlen (1887) in den an Hamburg grenzenden Wahlkreisen Lauenburg, Stade, Elmshorn-Kellinghusen für den Reichstag. 1890 wurde er im letztgenannten Wahlkreis in der Stichwahl mit 50,3 Prozent gewählt; Teile der freisinnigen Wähler hatten für ihn gestimmt. In der 35köpfigen Reichstagsfraktion saßen 27 Arbeiter und Handwerker, darunter sieben aus der Tabakbranche. Neben Tölcke war er der einzig bedeutendere Vertreter der Lassalleaner im Parlament.

Da bis 1906 keine Diäten gezahlt wurden – die Liberalen hatten sich solche Entschädigungen, die es in einigen Landtagen gab, zur Freude der dadurch um so freier schaltenden und waltenden konservativen Beamtschaft bei der Beratung der Reichsverfassung von 1871 von Bismarck abschwatzen lassen – und der alte Beruf nicht mehr ausgeübt werden konnte, die Vergütungen aus der Parteikasse für die Abgeordnetentätigkeit in Berlin aber nur für die Sitzungstage galten, wurde Molkenbuhr wie Dutzende anderer Abgeordneter aus der Arbeiterschaft Journalist. Seit 1891 schrieb er für das vier Jahre zuvor gegründete *Hamburger Echo*. Als mehr als fünfzig Jahre danach Herbert Wehner und wenig später auch Helmut Schmidt in diesem Blatt schrieben, hatte es viel vom alten Glanz verloren. Zwischen 1890 und 1933 war es eine der größten und – noch vor dem Zentralorgan *Vorwärts* – zumindest materiell die ertragreichste der SPD-Zeitungen vor 1914. In den Jahren 1893–1904, in denen Molkenbuhr dort einige hundert Artikel veröffentlichte, machten die Erträge der Zeitung zwischen 11 und 24 Prozent der Gesamteinnahmen des SPD-Vorstandes aus.¹⁸ Franz Mehring rühmte 1907, daß das Blatt weder einen verstiegenen Marxismus propagiere, noch Neigungen zu parteiinternen Streitigkeiten zeige. In seinen Spalten komme oft »das proletarische Massenempfinden zum prägnantesten Ausdruck«.¹⁹

Die erste große Bewährungsprobe für diesen Stil praktischer Vernunft der Zeitung wie der gesamten SPD kam, als Mitte August 1892 die Cholera von Rußland in die Stadt eingeschleppt wurde.²⁰ Es war dies die dritte und vorletzte der Katastrophen vor 1914, die Helmut Schmidt aus den Erzählungen seiner Eltern kannte.²¹ Die Öffentlichkeit wurde zu spät unterrichtet, auch weil der Senat befürchtete, Hamburgs Wirtschaft könne durch ein Bekanntwerden der Epidemie Schaden nehmen. Nachdem der Choleraerreger die zentrale Wasserversorgung verseucht hatte, hätte man nicht den Ausbruch, wohl aber das katastrophale Ausmaß der Krankheit begrenzen können. So kamen die Maßnahmen des Senats um wichtige Tage zu spät. Innerhalb von etwas mehr als sechs Wochen – Anfang Oktober 1892 erlosch die Cholera – gab es über 16 000 Kranke, gut die Hälfte davon starb. Die Zahl der Toten war eine der höchsten aller Cholera-Epidemien des 19. Jahrhunderts.

Das Chaos, in dem sich die Stadt in den ersten Tagen der Seuche befand, hätte kaum größer sein können. Als am 22. August deren Ausbruch medizinisch festgestellt wurde, verließen 9000 Personen mehr Hamburgs Bahnhöfe als am gleichen Tag des Vorjahres. Wenig später war Hamburg zu Wasser und zu Lande nahezu vollständig abgeriegelt – mehr von außen als von innen, da nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Behörden angesichts des zögernden Vorgehens der Behörden die Stadt und deren Bewohner unter Quarantäne stellten.

Die falsche Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Interessen der Stadt drohte nicht nur, auf diese selbst zurückzuschlagen; auch die politische Selbständigkeit geriet zeitweise in Gefahr. Selbst konservative Zeitungen von außerhalb kritisierten »Schlendrian und Korruption« in der hamburgischen Verwaltung. Andere forderten gar die Annexion Hamburgs durch Preußen oder die Berufung eines Reichskommissars, der Ordnung schaffen sollte.

Im medizinischen Bereich geschah dies auch. Auf Anordnung des Reichskanzlers war Robert Koch, der 1883 den Choleraerreger entdeckt hatte, in die Hansestadt geeilt. Unter seiner Leitung versuchten die Behörden, durch Aufklärung der Bevölkerung über notwendige Hygienemaßnahmen, Verbote jeglicher Veranstaltungen und umfangreiche Aktivitäten zur Desinfektion der Wohnungen, Wäschestücke und Kleidung der Kranken die Seuche einzudämmen. Da

in einigen Stadtteilen der Innenstadt die Armen ihr Trinkwasser noch aus den Fleeten bezogen, waren dort anfangs besonders viele Opfer zu beklagen. Besonders entsetzt äußerte sich Robert Koch über das »Gängeviertel«: Er habe noch nie »solche ungesunden Wohnungen, Pesthöhlen und Brutstätten für jeden Ansteckungskeim angetroffen« wie in diesem Stadtteil.

Und was tat die SPD? Das Publikum in Deutschland konnte das seltene Schauspiel erleben, daß die beiden wichtigsten sozialdemokratischen Zeitungen – der Berliner *Vorwärts* und das *Hamburger Echo* – sich mit heftigen Breitseiten bekriegten. Der *Vorwärts* – und mit ihm das Gros der sozialdemokratischen und der liberalen Blätter – nahm den Senat aufs Korn wegen seiner mangelnden Vorsorge gegen den Ausbruch einer Seuche und weil er aus Rücksicht auf die Handels- und Schifffahrtsinteressen den Hafenausbau auf Kosten einer hygienisch besseren Wasserversorgung vorangetrieben habe. Seit Kochs Entdeckung war bekannt, daß der Choleraerreger durch Sandfiltration unschädlich gemacht werden konnte. Hamburg hatte erst 1890 mit dem Bau einer solchen Anlage begonnen, sie aber noch nicht fertiggestellt.

Warum wehrte das *Hamburger Echo* wie die dortige SPD die Kritik am Senat ab? Einigen weitsichtigeren Beamten in der Polizeibehörde waren spätestens nach dem fulminanten Wahlsieg der SPD bei den Reichstagswahlen 1890 – alle Hamburger Reichstagswahlkreise waren seither (bis 1914) in ihrer Hand – die enormen organisatorischen Fähigkeiten der Hamburger Sozialdemokraten aufgefallen, die auch durch das offiziell noch geltende Sozialistengesetz nicht mehr einzudämmen waren – die SPD wurde auch im Reich zur wählerstärksten Partei. Jenen Beamten, die im allgemeinen Chaos ihren kühlen Kopf behielten, war klar, daß es den Sozialdemokraten ein leichtes gewesen wäre, auch ohne – wie es im Polizeijargon hieß – »aufreizende« Artikel und Flugblätter den spontan durch Tumulte und Krawalle sich äußernden Zorn der Bevölkerung auf ihre Mühlen zu leiten.

Am 25. August »ersuchte« – wohlgemerkt: nicht »untersagte« – die Polizei das *Hamburger Echo*, keinerlei Angriffe gegen die Behörden zu veröffentlichen. Das Blatt hielt sich nicht nur an diese Bitte, sondern bemühte sich, Fehler der Behörden, etwa beim Transport, bei der medizinischen Versorgung der Kranken wie beim

Abtransport der Toten gegenüber der Kritik von außerhalb und auch – wie erwähnt – aus den eigenen Reihen zu entschuldigen. Ermuntert durch dieses unerwartet hohe Maß an Kooperation bat die Polizei die SPD am 27. August, einem Sonnabend, 25000 Exemplare eines Flugblattes über die »Sicherheitsmaßnahmen gegen die Cholera« zu drucken und noch am Sonntag zu verteilen. Da jeder der Verteiler 3 bis 10 Mark – also 1 bis 2 Tagelöhne – dafür bekam, war die Partei einverstanden. Auch wenn in einem der drei Reichstagswahlkreise das Gros der Flugblätter erst zwei Tage später verteilt werden konnte, weil dort offenbar einige führende Funktionäre aus Furcht vor der Epidemie ausgerissen waren, stellte die Partei hier wie später bei der unentgeltlichen Verteilung eines zweiten Flugblattes – vom Reichsgesundheitsamt über das »Wesen der Cholera« – ihre Fähigkeit, schnell und flächendeckend die Stadt zu »bearbeiten«, erneut unter Beweis.

War es der Polizei gelungen, wie es im Bericht eines beteiligten Beamten hieß, sich die Sozialdemokratie »dienstbar« zu machen? Wie wenig diese Einschätzung zutraf, läßt sich schon der Tatsache entnehmen, daß die Partei sich weigerte, ein drittes Flugblatt zu drucken und zu verbreiten, das eine Rechtfertigungsrede des Senators und Polizeichefs Dr. Hachmann in der Bürgerschaft enthielt. Einen Blankoscheck für die Politik des Senats wollte die SPD gewiß nicht ausstellen.

Was aber waren die Motive ihres Verhaltens? Zunächst dies, daß ihr hier das Hemd näher als der Rock war: Niemand war von der Seuche mehr bedroht als ihre häufig unterernährte und medizinisch schlecht versorgte Mitglied- und Wählerschaft in den Armeleutenvierteln der Stadt mit ihren meist engen, stickigen und mit primitiver Hygiene ausgestatteten Behausungen. Das erklärt ihr Engagement bei den Flugblattaktionen, die der Aufklärung der Bevölkerung dienten, wie auch ihre Bereitschaft, Personal für die Desinfektionskolonnen auszuwählen, da die Behörden sich hier erneut hilfesuchend an die Partei gewandt hatten, weil deren Arbeit voller Gefahren war.

Aber das Gesamtverhalten der Partei, insbesondere die Reaktion des Parteiblatts, wird dadurch nicht zureichend erklärt. Der englische Historiker Richard J. Evans sah darin eine »deutliche Parallele«²² zum Verhalten der Sozialdemokratie im August 1914. 1892

waren zwar nicht vaterländische, wohl aber vaterstädtische Gefühle in erheblichem Umfang im Spiel. Das Gros der Partei, ihre Führung eingeschlossen, litt unter der Pariaexistenz, zu der sie nicht nur durch die materiellen Umstände, sondern auch durch die Verfolgungspraxis des Sozialistengesetzes verdammt worden war, zumal diese Praxis nach 1890 nicht völlig eingestellt wurde, sondern nur subtilere Formen annahm. Auch die politische Isolierung hielt an.

Deshalb ist die von den Hamburger Sozialdemokraten, aber auch von Wilhelm Liebknecht im Reichstag geäußerte unverhohlene Freude darüber verständlich, daß ausgerechnet die Polizei, an der Spitze der dafür zuständige Senator, in den Sozialdemokraten plötzlich nicht mehr »eine Bande von Verschwörern und Umstürzern«²³, sondern Leute sah, die zur Mitarbeit herangezogen werden konnten. Deshalb hatte nicht die Polizei sich die SPD »dienstbar« gemacht, sondern die Partei hatte in einer sowohl für die eigene Anhängerschaft wie für die Allgemeinheit gefährlichen Lage sich so verhalten, daß aus dem Gemeinnutzen erheblicher eigener Nutzen – wo nicht Anerkennung, so doch Respekt – entsprang.

Die Tatsache, daß sich aus diesem Verhalten ein positiver Mythos entwickeln würde, ist den politischen Gegnern sogleich bewußt geworden. Im wenig später beginnenden Wahlkampf zur Reichstagswahl 1893 versuchte in jenem Hamburger Wahlkreis, in dem 1890 Bebel gewählt worden war und nun Georg Ledebour kandidierte, der nationalliberale Kandidat und Großkaufmann Laeisz – auch dessen Name tauchte in Helmut Schmidts Liebeserklärung an Hamburg auf –, am Mythos mit der Frage zu kratzen, wo denn die sozialdemokratischen Abgeordneten während der Epidemie gewesen seien. Das *Hamburger Echo* konnte nachweisen, daß zwei davon – Metzger und Molkenbuhr – sich redlich in Hamburg an der Bekämpfung der Seuche beteiligt hätten, während Bebel als Parteivorsitzender außerhalb unterwegs gewesen sei.²⁴ Das Ergebnis von 59,7 Prozent, das Molkenbuhr bei der Reichstagswahl 1893 erzielte, lag noch um 1,8 Punkte höher als das des sozialdemokratischen »Ersatzkaisers« Bebel 1890.

DIE WOHNUNGSFRAGE

Neben der Arbeit rückte die »Wohnungsfrage« im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts stärker ins Zentrum der sozialen Frage. In der Innenstadt wurden Wohnungen zu einem erschwinglichen Preis rar, nachdem in den 1880er Jahren mit dem Bau der Speicherstadt begonnen worden war. Als Folge des Beitritts Hamburgs zum Zollgebiet des Deutschen Reiches war nur noch ein begrenztes Gelände als Freihafen zugelassen. Ein funktionierender Stadtteil mit beinahe tausend Fachwerkhäusern aus dem 17. und 18. Jahrhundert und mehr als 20 000 Bewohnern mußte weichen.

Der seit den 1890er Jahren sich verstärkende Wohnungsbau in Stadtteilen wie Barmbek und Eilbek, in denen Helmut Schmidt Kindheit und Jugend verbrachte, schuf nur langsam Entlastung. Für niedrig entlohnte Arbeiter waren die Wohnungen dort meist nicht erschwinglich und die Fußwege zur Arbeit zu lang. Selbst die Benutzung des nach 1900 rasch wachsenden Verkehrsnetzes, insbesondere der im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg entstandenen elektrisch betriebenen Stadtbahn, war für diese Gruppen noch zu teuer.

Was aber machte einen Stadtteil wie Barmbek dennoch zum »Arbeiterstadtteil«, gar, wie es nach 1918 – meist zum Verdruß der dort ebenfalls stark vertretenen klein- und mittelbürgerlichen Schichten – oft hieß, zum »roten Barmbek«? Der Ort war bis zur erst 1861 erfolgten Aufhebung der Torsperre, die es wegen des hohen Wegezolls kleinen Leuten unmöglich machte, in Hamburg zu arbeiten und außerhalb zu wohnen, ein Dorf mit knapp 3000 Einwohnern geblieben.²⁵ 1867 zählte der Ort schon 6000, 1885 über 22 000 Einwohner. In den folgenden zwei Jahrzehnten – 1894 war der Vorort zu einem Stadtteil geworden – hatte sich die Einwohnerzahl mit 71 000 erneut mehr als verdreifacht.²⁶

Auch wenn sozial denkende Fachleute in der Bauverwaltung nicht die Auffassung von August Bebel teilen mochten, außer mit der Axt könne man auch mit einer Wohnung Menschen erschlagen, schälte sich gegen Ende des Jahrhunderts unter ihnen ein Konsens über die Mindeststandards im Wohnungsbau heraus: Beachtung von genügend Luft und Licht zwischen den Wohngebäuden, Anschluß an zentrale Wasser- und Energieversorgung sowie Entsorgung von Abwasser und Müll, abgeschlossene Wohnungen mit separaten Schlaf-

räumen für jede Familie. Die Erfüllung solcher Forderungen sollten zur Milderung sozialer Spannungen ebenso beitragen wie zur sozialen Durchmischung der Wohnviertel.

Allerdings kollidierten diese Mindestforderungen oft mit den Interessen der Grundbesitzer an hohen Bodenwertsteigerungen und denen der Hausbesitzer an hohen Mieten. Da ein städtischer Bebauungsplan fehlte, dominierte in den Neubaugebieten Barmbeks anfangs die »Schlitzbauweise«, die Bebauung auch der Hinterhöfe bis auf einen schmalen Lichtstreifen (»Schlitz«), der zwischen den Wohnbauten gelassen wurde.

Abweichend vom überwiegenden Konsens der Fachleute sah man in Hamburg in der »Vermischung der sozialen Klassen in Wohngebieten« – wie es im Bericht einer Subkommission für Bebauungspläne von 1893 hieß – keinen Vorteil: Eine solche Regelung »sei theoretisch schön, praktisch aber führt es zu sozialen Unzulänglichkeiten durch die Unterschiede in der Lebensweise«.27 An dieser Einstellung orientierte sich offenbar die erste Fassung des 1899 veröffentlichten Bebauungsplans für Barmbek, der ihm die Funktion der Wohnstadt für die »wenig bemittelten Schichten« zuwies.28

Zu den »wenig Bemittelten« gehörten häufig auch die unteren Angestellten und Beamten. Da deren Arbeitsplätze weniger konjunkturanfällig waren und Aufstiegsmöglichkeiten boten, bezogen diese meist die Vorderhäuser, während die um zwei Drittel billigeren Hinterhauswohnungen der im Terrassenstil gebauten Häuser von Arbeiterfamilien bewohnt wurden. Sie mußten bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 900 bis 1000 Mark zwischen 200 und 300 Mark für die Jahresmiete aufwenden. 1910 lag der Anteil der Arbeiter- und Gehilfenhaushalte in Barmbek bei 67,1 Prozent; rund 15 Prozent waren Kontor- und Büropersonal, der Rest verteilte sich auf kleine und mittlere Selbständige in Handel und Handwerk. Kein Wunder, daß Barmbek vor 1914 das drittniederste Durchschnittseinkommen pro Kopf aller Stadtteile aufzuweisen hatte. Im vornehmen Harvesterhude betrug das Pro-Kopf-Einkommen das Achtfache.

Die in den 1890er Jahren stagnierende oder teilweise zurückgehende Rate an Neubauten hielt mit dem Bevölkerungswachstum nicht mit, Kleinwohnungen für Familien mit niederen Einkommen wurden immer weniger gebaut, die Wohnungsnot stieg.

Deshalb begannen die Konsumgenossenschaften – neben Partei und Gewerkschaften die »dritte Säule der Arbeiterbewegung« –, deren Zentrale sich in Hamburg befand, sich nach 1900 im Wohnungsbau zu engagieren. Der 1899 ins Leben gerufene Konsum-, Bau- und Sparverein »Pro« erwarb in Barmbek zwischen 1905 und 1910 drei Grundstücke, auf denen über dreihundert Wohnungen in einem Stil, mit Einrichtungen wie Ladengeschäften, Gärten, Spielplätzen und Versammlungsräumen für Jugendliche, gebaut wurden, die teilweise die Ideen der in den zwanziger Jahren von Stadtbau- direktor Fritz Schumacher verwirklichten Wohnbauten vorwegnahmen.

DAS BÜRGERTUM ZWISCHEN ABWEHR UND IMPERIALEN VERSUCHUNGEN

Die »Bürgervereine« in den Stadtteilen, die bei den Wahlen zur Bürgerschaft als »Wahlkomitees« bürgerlicher Kandidaten auftraten, hatten schon 1886 einen Zentralausschuß gebildet, der sorgsam über die soziale Abgrenzung der angeschlossenen Vereine nach unten wachte und deren Bemühen unterstützte, die Zuwanderung bestimmter Personengruppen zu verhindern oder deren Existenzgründung zu erschweren. Nicht einmal die ursprüngliche Bedingung, alle Mitglieder aufzunehmen, die das Bürgerrecht erworben hatten, wurde eingehalten. Nach dem Bürgerrechtsgesetz von 1896 konnte jeder das Bürgerrecht erwerben, der mindestens fünf Jahre lang 1200 Mark jährlich versteuerte. Daraufhin gaben viele Arbeiter ein Monatseinkommen von 100 Mark an, obwohl sie weniger verdienten, um an den Bürgerschaftswahlen teilnehmen zu können. So wurde 1901 Otto Stolten, in den zwanziger Jahren einer der Bürgermeister, als erster Sozialdemokrat in die Bürgerschaft gewählt. 1904 waren es schon 13 SPD-Abgeordnete. Vier davon stammten aus Barmbek, die damit bis auf einen alle in allgemeinen Wahlen zu bestellenden Sitze errungen hatten; die bürgerlichen Abgeordneten erlangten daneben Mandate durch die Grundbesitzerwahlen, zu denen in Barmbek nur rund 800 Wähler zugelassen waren.

Den sichtbarsten Ausdruck bürgerlicher Ängste, in der steigenden Flut sozialdemokratischer Wähler zu ertrinken, stellte die nach zweijährigem Kampf von der Mehrheit in Bürgerschaft und Senat

Ende Februar und Anfang März 1906 verabschiedete Wahlrechtsverschlechterung dar, die von der Sozialdemokratie als »Wahlrechtsraub« angeprangert wurde. Danach gab es für die allgemeinen Wahlen zwei Gruppen, von denen die erste die Bürger mit mehr als 2500 Mark Jahreseinkommen umfaßte, die zweite Gruppe diejenigen mit 1200 bis 2500 Mark. Der ersten Gruppe standen 24 Abgeordnete zu, der zweiten, doppelt so großen, nur die Hälfte.

Der Hauptzweck des verschärften Klassenwahlrechts wurde – wie die beiden der Änderung widerstrebenden Bürgermeister Mönckeburg und Burchard vorausgesehen hatten – allerdings verfehlt. In den Wahlen von 1910 wurden 20 Sozialdemokraten in die Bürgerschaft entsandt. Diejenigen bürgerlichen Liberalen, die sich – wie Carl Petersen – gegen die Änderung gewandt hatten, bildeten die neue Gruppierung »Vereinte Liberale«, die den Sozialdemokraten mit mehr Aufgeschlossenheit begegneten als die konservative und rechte Mehrheit des Bürgertums – eine Haltung, die die nach 1918 regierende sozialdemokratisch-liberale Koalition vorbereitete.

Das Jahr 1906 war durch zwei weitere Ereignisse gekennzeichnet. Das eine Ereignis gehörte in die Reihe der Katastrophen, von denen Helmut Schmidt in der Kindheit aus der Erzählung der Eltern erfuhr: Die Michaeliskirche – der Hamburger »Michel«, für die ausfahrenden wie die heimkehrenden Hamburger das wichtigste Zeichen der Heimat – geriet am 3. Juli 1906 bei Lötarbeiten am Dach in Brand und sank »in Schutt und Asche.«²⁹ Einen Tag zuvor war das seit dem Tod des »Eisernen Kanzlers« (1898) geplante Bismarck-Denkmal auf der Bastion Casparus Oberhalle des Hafens feierlich eingeweiht worden. Hatte sich der *Michel* vor Gram durch Selbstentzündung entleibt, weil dem Denkmal nun die Aufgabe des *Michel* übertragen worden sei, wie Zeitgenossen die Duplizität des Geschehens kommentierten?

»Deutschland«, so zitierte das *Hamburger Echo* zehn Tage später den *Manchester Guardian*, »repräsentiert heute in den Augen Europas jenen Bismarckschen Cäsarismus, welcher der größte Feind der wiederauflebenden Demokratie ist.« Dieses Zitat, so hieß es im anschließenden Kommentar des SPD-Blattes, »gewinnt besondere Bedeutung für Hamburg, wo dieser Tage das gigantische Götzenbild der verkörperten borussischen Reaktion, die heute wie ein Alp auf ganz Deutschland liegt, enthüllt ward [...]. Die wackere Hammonia-

Mammonia dagegen hat sich vom preußischen Reaktions-Seuchenherd anstecken lassen und sich damit ihres Bismarck-Denkmal würdig erwiesen.«³⁰

Die Charakterisierung dieser fünfzehn Meter hohen Kolossalstatue in Form einer Rolandsgestalt mit photographisch getreu ausgeführtem Bismarckkopf, entworfen und gestaltet vom Bildhauer Hugo Lederer, gebaut vom Architekten Schaudt, stimmte mit dem – allerdings nur privat geäußerten – Urteil Alfred Lichtwarks, des Direktors der Hamburger Kunsthalle, überein. Er, der der Arbeiterschaft zwar Bildungsstreben, aber keine schöpferische Kraft³¹, vielleicht auch keinen Kunstverstand zutraute, gehörte wie Justus Brinckmann, der Schöpfer des Museums für Kunst und Gewerbe, anfangs dem Ausschuß an, der sich unter Vorsitz des Bürgermeisters Versmann mit der Errichtung des Denkmals beschäftigte. Er hatte sich aber später gegen ein »Colossaldenkmal« gewandt. Lederers Bismarckdenkmäler waren auch für ihn »peinvoll stilisierte Götzenbilder«.

Verkörperte das Bismarck-Denkmal – das der Kaiser bei seinen Besuchen in Hamburg peinlichst mied – also die »borussische Reaktion«, oder bedeutete der Bau, ganz im Gegenteil, eine symbolische Rückversicherung bei einer Politik, die sich der Parole »viel Feind, viel Ehr« meist verweigert hatte? Für letzteres spricht wenig, zumal es Hamburger Kaufleute gewesen waren, die Anfang der 1880er Jahre durch Denkschriften an Senat und Auswärtiges Amt die Reichsregierung um den Schutz ihres Besitzes und ihrer Handelsinteressen in Übersee gebeten und so den Anstoß zur Politik des Erwerbs von Kolonien durch das Reich gegeben hatten. Zunächst mochten die Kaufleute noch an eine Art diplomatischer Nachtwächterfunktion des Reiches zugunsten ihrer Überseeinteressen gedacht haben. Selbst Adolf Woermann, der es als Abgeordneter des Reichstages geschickt verstand, in seinen dort gehaltenen Reden seine afrikanischen Interessen mit nationalem Pathos zu verschleiern³², wollte Offiziere und Beamte aus seinen »Schutzgebieten«, wie sie halb verschämt, halb schönfärbend hießen, eher draußen halten. Aber neben die Kapitalinteressen der Großkaufleute und der schnapsproduzierenden Großgrundbesitzer Ostelbiens³³ traten bald die von prestigegünstigen Beamten und Offizieren definierten »Interessen des Reichs«. Da die Wirtschaft Hamburgs auf mehrfache Weise vom kolonialen Engage-

ment des Staates profitierte, fanden sich die führenden Gruppen Hamburgs auch mit den Methoden ab, mit der die Kolonialverwaltung der unterworfenen Bevölkerung begegnete: Bei Wohlverhalten paternalistische Fürsorge, die sich auch gegen zu intensive wirtschaftliche Ausbeutung wandte, bei Befreiungsversuchen – wie etwa in Südwestafrika – brutale Verfolgung bis hin zur Ausrottung ganzer Stammesgesellschaften.

Größer als der aus den Kolonien gezogene Profit war der Nutzen, der sich aus der wilhelminischen Flottenbaupolitik ergab, deren protektionistische wie imperialistische Logik sich nahtlos an die Kolonialpolitik anschloß, da die überseeischen Schutzgebiete nur geschützt werden konnten, wenn die Seewege, die sie mit dem Mutterland verbanden, ebenfalls gesichert wurden.

Kein Wunder, daß der 1897 zum Marinestaatssekretär ernannte Admiral von Tirpitz, unterstützt von Adolf Woermann, sogleich bei den »führenden Männern des Hamburgischen Wirtschaftslebens« für das Flottenbauprogramm warb. Mit Erfolg, denn der in den Jahren bis 1914 – vor allem nachdem die Briten die Herausforderung angenommen hatten – immer schärfere Formen annehmende Rüstungswettlauf zur See hatte kaum »eine loyalere Gefolgschaft als in Hamburg«. ³⁴

Neben dem materiellen Nutzen war der immaterielle kaum geringer zu veranschlagen. Denn welches hamburgische Herz schlug nicht höher, wenn die Überlegenheit deutscher Wertarbeit als wesentlicher Teil des neuen, hybrider werdenden Nationalgefühls beschworen und damit – zumindest kurzzeitig – wärmende »Gemeinschaft« statt der im Alltag meist dominierenden Kälte der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen hergestellt werden konnte.

Fügten sich die Arbeiter in diese Gemeinschaft ein? Die kritischen Kommentare im *Hamburger Echo* – so wurde das aufwendig gestaltete Programm zum hundertjährigen Jubiläum der Befreiung der Stadt von der Franzosenherrschaft (1913) als »Narrenfest« bezeichnet, weil sich das Publikum, um den Festzug zu sehen, »einen halben Tag lang in drangvoll fürchterlicher Enge schieben und stoßen ließ« ³⁵ – kontrastierten auf den ersten Blick mit den Berichten der politischen Polizei, nach denen auch große Teile der Arbeiterschaft unter den Menschenmassen waren, die bei solchen Anlässen die Straßen säumten.

Für kurze Zeit Nöte und Enge des Alltags vergessen und dem auch in der Arbeiterschaft vorhandenen, aber meist darbdenden Schönheitssinn durch das Außeralltägliche festlicher Repräsentationskultur Nahrung geben zu können – das war aber noch kaum »Einklang [...] mit dem wilhelminischen Lebensgefühl.«³⁶ Noch weniger überzeugend ist die These, an der Tatsache, daß die Werftarbeiter nicht versucht hätten, »die Aufgaben der Flottenpolitik zu verhindern oder zu verzögern«, lasse sich eine dem »Staat nicht grundsätzlich feindselig«³⁷ begegnende Einstellung der Hamburger Arbeiter ablesen. Hatten die Werftarbeiter eine Möglichkeit, etwa zwischen dem Bau von Schlachtschiffen und Kreuzern oder dem von Ozeandampfern wählen zu können? Wohl kaum. Und wurden die riesigen Ozeandampfer von der Klasse des 1913 gebauten »Imperator« – mit rund 280 Metern Länge und 52 000 Bruttoregistertonnen fast doppelt so lang wie das größte deutsche Kriegsschiff – nur als »Vermittler friedlicher Gesinnungen zwischen den Völkern« verstanden, wie es in einem Gedenkblatt zur ersten Ausfahrt dieses Schiffes hieß, die ein jugendlicher Teilnehmer, der spätere Chef des Bundespresseamtes, Felix von Eckardt, als prägendes Erlebnis in Erinnerung behielt?

Hatten nicht Mitarbeiter des allmächtig erscheinenden Generaldirektors der »Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actiengesellschaft« (Hapag), Albert Ballin – auch er ein Großer in Helmut Schmidts Hamburger Galerie –, diesen darauf aufmerksam gemacht, daß der »unaufhörliche Bau großer Passagierdampfer die Gefahr eines Krieges mit England erhöhte«? Ungeschminkter als diese und andere Warnungen vor dem »Ballinismus« hieß es in einem Artikel des britischen *Daily News Leader* vom 31. Januar 1914: »Ballin hat der Welt den Krieg erklärt [...]. Und wenn unser Anspruch auf die Herrschaft der Meere bedroht ist, so kommt diese Drohung nicht von den deutschen Dreadnoughts, sondern von Herrn Ballin.«³⁸

Aus der Sicht deutscher Historiker nach 1918 dienten solche Äußerungen, die es in der britischen *yellow press* vor 1914 mindestens ebenso zahlreich gegeben hatte wie entsprechende in deutschen chauvinistischen Blättern, als Beweis für eine britische Politik, die aus wirtschaftlichem Konkurrenzneid die Einkreisung Deutschlands betrieben hatte.

Für Wilhelm II. schien der 1857 in Hamburg als Sohn eines jüdischen Passageagenten geborene, aus eigener Kraft schon mit 31 Jahren zum Direktor der Hapag bestellte Ballin – Jude hin oder her – ein kongenialer Partner für seine Pläne zu sein, den Briten zu zeigen, was die Deutschen auf See alles vermochten. Es war auf einem Dampfer der Hapag, auf dem er verkündete, Deutschlands Zukunft liege auf dem Wasser. Damit traf er sich mit Ballin, dessen Ehrgeiz es war, eine Reederei zu schaffen, die weltweit keinen Vergleich zu scheuen brauchte.

Als Autokrat forderte Ballin Gehorsam und bedingungslosen Einsatz seiner Angestellten. Da sie dafür gut bezahlt wurden, hatten Gewerkschaften in der Hapag nichts zu suchen. In deren Wirken, noch mehr in der Politik der SPD, witterte er nur Gefahren für Kaiser, Reich und Hapag. Die Reihenfolge in diesem Dreigestirn blieb für ihn wichtig, denn er verstand sich auch dann noch als Patriot und handelte danach, als er merken mußte, daß dieses Handeln ihn mindestens ebenso sehr wie seine Herkunft zum Fremden im eigenen Land machte.

Spät, wenn auch früher als die meisten anderen Hamburger Reeder und Kaufleute, begann Ballin im Gefolge der *Daily-Telegraph*-Affäre (1908), die Verbindungen, die er zur Londoner Schifffahrtswelt wie zu Mitgliedern der britischen Regierung unterhielt, zu nutzen, um einer deutsch-britischen Verständigung über eine Begrenzung der Seerüstung den Weg zu bahnen. Höhepunkt dieser Bemühungen war der von ihm eingefädelt Besuch des britischen Kriegsministers Lord Haldane im Februar 1912 in Berlin. Eine Verständigung scheiterte letztlich mehr am Prestigedenken seiner deutschen Gesprächspartner, den Kaiser eingeschlossen, als an der Haltung der britischen Regierung, die auf bessere deutsche Angebote warten konnte – nicht, weil ihr die *Einkreisung* Deutschlands perfekt gelungen war, sondern durch die *Selbstauskreisung* Deutschlands aus vorteilhaften Bündnissen, die einmal mehr in der zweiten Marokkokrise im Jahr zuvor sichtbar geworden war.

In der zivilen Schifffahrt war Ballin schon früher mit seinem Vorschlag gescheitert, Größe und Geschwindigkeit von neu zu bauenden Passagierschiffen zu begrenzen. Die britische White Star Line ließ es sich nicht nehmen, drei neue Riesenschiffe mit je 45 000 BRT, darunter die *Titanic*, zu bauen. Ballins Hapag hielt mit. Am 23. Mai

1912 lief das größte Schiff der Welt, die schon erwähnte »Imperator«, vom Stapel. Ballin wollte – eingedenk des Untergangs der *Titanic* sechs Wochen zuvor, der ins Herz britischen Seefahrerstolzes traf – das Schiff »Europa« nennen. Der Taufpate, Wilhelm II. – und dies gab mehr Auskunft über sein geistiges Niveau und sein Weltverständnis als Hunderte seiner oft törichten Randglossen und abgehackten Kommentare im Kasinostil – bestand auf dem Namen »Imperator«.

Als im Juni 1914 die »Bismarck« als drittes Schiff der Gigantenreihe getauft wurde, war der Krieg, die »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts (George Kennan), nicht mehr weit. Eine Woche später geschah das Attentat von Sarajevo. Ballins Vermittlungsversuche waren angesichts des Hazardspiels, das Kaiser und Reichsregierung zur Täuschung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland betrieben, chancenlos. Für ihn war der Erste Weltkrieg nicht nur der »dümme und blutigste Krieg, den die Weltgeschichte gesehen hat« – ein Urteil, das er mit Sozialdemokraten wie Hermann Molkenbuhr teilte –, sondern auch die Zerstörung seines Lebenswerkes.

Vergeblich waren auch sein Plädoyer für einen frühen Friedensschluß (im Herbst 1914) und seine Warnung, den USA durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg den Anlaß zum Kriegseintritt zu bieten. Den Zugang zum Kaiser verwehrte man ihm, der jetzt bei den Herrschenden in Berlin zum »undeutschen Pazifisten« und »abgewimmelten Wasserjuden« geworden war. Ballin konnte nur noch resigniert feststellen, daß der Kaiser in »a fool's paradise« lebe und der große Teil des Volkes mit ihm.³⁹ Erst als im Herbst 1918 den bis dahin Mächtigen des Reiches die Felle davongeschwommen waren, wurde er vom großen Generalstab dringend gebeten, die Friedensverhandlungen zu führen – er sei der einzige Deutsche, den die Alliierten als Verhandlungspartner akzeptierten. Er sagte zwar zu. Aber seine Depressionen hatten ihm die Zukunft schon zu sehr in Schwarz getaucht. Als die von ihm gefürchtete Revolution Hamburg erreichte und der Arbeiter- und Soldatenrat am 8. November 1918 das Hapag-Haus besetzte, nahm Ballin am gleichen Abend Gift. Er starb, als in Berlin die Republik ausgerufen wurde.



Hartmut Soell

Helmut Schmidt

Vernunft und Leidenschaft
1918-1969

Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 960 Seiten,
14,5 x 21,5 cm
62 s/w Abbildungen
ISBN: 978-3-421-05352-7

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: September 2003

Lange erwartet und auf einmaliger Quellenbasis: die große Helmut-Schmidt-Biographie
Zum 85. Geburtstag des Altbundeskanzlers am 23. Dezember 2003

Nach der Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz und der Brandt-Biographie von Peter Merseburger veröffentlicht die DVA jetzt die erste umfassende Biographie Helmut Schmidts. Gestützt auf eine fast beispiellos breite Quellenbasis, darunter bisher verschlossene Akten und Korrespondenzen, schildert Hartmut Soell anschaulich Jugend und Aufstieg von Helmut Schmidt, seine familiären und geistigen Wurzeln und fördert dabei durchaus Unbekanntes zutage.

Helmut Schmidt zählt zu den bedeutendsten Kanzlern des 20. Jahrhunderts. Er erlebte als Offizier den Zweiten Weltkrieg, war in britischer Gefangenschaft und trat 1946 in die SPD ein. Als Hamburger Innensenator erwarb er bei der Flutkatastrophe 1962 durch herausragendes Krisenmanagement höchstes Ansehen. Dies war der Durchbruch zu einer steilen politischen Karriere. Seit 1967 Vorsitzender der SPD-Fraktion, war er im Bundestag als scharfzüngiger Redner bekannt. Schmidt hat maßgeblich zur Prägung der SPD als Volkspartei und zu ihrer Regierungsfähigkeit beigetragen. Hartmut Soell ist eine einzigartige Biographie (1918 – 1969) gelungen.



[Der Titel im Katalog](#)